



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 01 - 2014
Berlin, Februar 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2014 ist ein besonderes Jahr:
zum einen, weil sich die Verabschiedung der Sozialen Pflegeversicherung durch den Bundestag und damit die Etablierung der fünften Säule der Sozialversicherung in Deutschland zum 20. Mal jährt. Grund genug, um auf die Entwicklungen in der Pflegepolitik zurückzublicken, aber auch ein guter Anlass, um erneut auf die drängendsten Probleme der Gegenwart aufmerksam zu machen!

Vor der Bundestagswahl hatte das Bündnis für gute Pflege Wählerinnen und Wähler dazu aufgerufen, ihre persönlichen Erfahrungen und Forderungen in der Pflege an die im Bundestag vertretenen Parteien zu schicken. Insgesamt wurden daraufhin im September 5.610 E-Mails an die Parteien versendet, um auf den dringenden Handlungsbedarf in der Pflege hinzuweisen. Wichtig war den Absenderinnen und Absendern vor allem:

- * mehr Wertschätzung und Anerkennung für beruflich Pflegenden,
- * bessere Bezahlung und Anerkennung
- * bessere personelle Ausstattung
- * mehr Geld für Pflege insgesamt
- * Einführung einer Bürgerversicherung
- * Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs
- * bessere Unterstützung von Pflegebedürftigen und Angehörigen sowie
- * allgemein dem Thema Pflege in der Politik mehr Aufmerksamkeit und Gewicht zu verleihen, da Pflege (irgendwann) jeden angeht.

Nicht zuletzt aufgrund dieser zahlreichen Rückmeldungen interessierter Bürgerinnen und Bürger forderte das Bündnis für gute Pflege gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode alle neuen Mitglieder des Bundestages dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die zwingend notwendigen Veränderungen in der Pflege eingeleitet werden. Die Abgeordneten wurden gebeten, die Forderungen zum Thema Pflege in die politische Diskussion einzubringen und so Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu stärken.

Dies gilt natürlich in erster Linie auch für diejenigen, die künftig die Weichen in der Regierung für die Pflege stellen müssen.

Und damit kommen wir zur zweiten Besonderheit: das Jahr 2014 ist mit einer neuen schwarz-roten Regierung gestartet, die dieses Jahr nutzen kann, um die längst überfälligen Reformen anzugehen. Dies gilt insbesondere für die für Pflege zuständigen Regierungsglieder: das ist in erster Linie Hermann Gröhe, der als Minister ins

Bundesgesundheitsministerium eingezogen ist, aber auch Manuela Schwesig, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend leitet. Beiden wünschen wir viel Kraft, Erfolg und Mut, die Herausforderungen anzugehen!

Die Mitglieder des Bündnisses für gute Pflege stehen auch weiterhin mit Expert_innenwissen zur Verfügung und werden sich dafür einsetzen, dass die Inhalte des Koalitionsvertrags zwischen [CDU](#), [CSU](#) und [SPD](#) umgesetzt und konkretisiert werden.

Welche konkreten Themen bei den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege derzeit auf der Agenda stehen, das können Sie in diesem Newsletter nachlesen, der zukünftig alle drei Monate erscheinen wird.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

Bündnis für gute Pflege - Infodienst

[I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 Save the date: BfgP-Fachveranstaltung: 100 Tage nach der Wahl - Zeit für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff!](#)

[1.2 Auch das regionale Bündnis für gute Pflege in Schleswig-Holstein arbeitet nach der Bundestagswahl weiter!](#)

[II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

[2.1 AWO: Pflegebedürftigkeit neu denken und umsetzen](#)

[2.2 AWO Positionspapier „Anwerbung ausländischer Fachkräfte in der Pflege“](#)

[2.3 DBfK fordert Absicherung freiberuflicher Pflege](#)

[2.4 DBfK wünscht neuem Bundesgesundheitsminister Mut zu Reformen](#)

[2.5 DBfK zur aktuellen Sterbehilfe-Diskussion](#)

[2.6 DBfK: Personalbemessung relevant für Patientensicherheit](#)

[2.7 Deutsche Alzheimer Gesellschaft: Broschüre „Mit Demenz im Pflegeheim“ erschienen](#)

[2.8 "wir pflegen" sucht engagierte Vorstandsmitglieder!](#)

[2.9 Heim-Mitwirkung: Pflege-Verfassungsbeschwerde auf den Weg gebracht](#)

[2.10 Infos vom BMFSFJ: Förderung von Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz, Bewerbungsschluss ist der 30. April!](#)

[III. Veranstaltungen und Termine](#)

[3.1 Veranstaltung des VdK am 25. März: Pflegereform jetzt!](#)

[3.2 DEVAP-Fachtag am 8. April 2014: Die Alten behalten! Wie Arbeitgeber Potenziale des Alters nutzen, Ehemaligen-Netzwerke fördern und Übergänge mitgestalten](#)

[3.3 Diakonie und ver.di: „Die Rückkehr des Sozialen in die Politik?“ Auftaktveranstaltung am 11. April 2014, 10:00-16:00 Uhr, Friedrichstadtkirche](#)

Berlin

[3.4 Georg-von-Vollmar Akademie: Pflegepolitik und alternde Gesellschaft, Seminar vom 5.-9- Mai 2014](#)

[3.5 Internationale Fachtagung Basale Stimulation® in Ludwigsburg „Die Welt entdecken und sich entwickeln“ 09. /10. Mai 2014](#)

[3.6 Diakonie und DEVAP rufen zum bundesweiten Aktionstag Altenpflege am 12. Mai 2014 auf](#)

[3.7 Pro Pflege: Einladung zum 20. Pflgetreff am 13.5.2014 in Neuss-Erftal](#)

I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

1.1 Save the date: BfgP-Fachveranstaltung: 100 Tage nach der Wahl - Zeit für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff!

[nach oben](#) ↑

Terminankündigung/Fachveranstaltung

100 Tage nach der Wahl - Zeit für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir Sie herzlich zur Fachveranstaltung des Bündnis' für gute Pflege ein:

Was: 100 Tage nach der Wahl - Zeit für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff!

Wann: 2. April 2014, 14.00 bis 17.30 Uhr

Wo: Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband, Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin

Bereits im Juni 2013 fragte das Bündnis für gute Pflege in einer Veranstaltung kritisch nach: „Das verflixte 7. Jahr – Kommt nun endlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff?“ Seitdem wurde der Bundestag neu gewählt, eine neue Bundesregierung und ein neuer Bundesgesundheitsminister, Hermann Gröhe, sind im Amt. 10 Monate nach der letzten Veranstaltung und 100 Tage nach dem Start der neuen Bundesregierung fragen wir erneut, wann endlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt wird.

Gesundheitsminister Hermann Gröhe wurde angefragt, sich bei der Veranstaltung zur angekündigten Pflegereform der Bundesregierung zu äußern. Außerdem werden Vertreterinnen und Vertreter des Bündnis' zu den Themen Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und Beschäftigte in der Pflege diskutieren. Abschließen soll die Veranstaltung mit einer Podiumsdiskussion mit den pflegepolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller im Bundestag vertretenen Parteien.

Bitte merken Sie den Termin bereits jetzt vor.

[Hier](#) können Sie den Flyer downloaden!

1.2 Auch das regionale Bündnis für gute Pflege in Schleswig-Holstein arbeitet nach der Bundestagswahl weiter!

[nach oben](#) ↑

Das Bündnis für gute Pflege in Schleswig-Holstein

hat in seiner Zusammenkunft im Oktober beschlossen, auch zukünftig bestehen zu bleiben.

Originäres Ziel des Bündnisses war es, sich bis zur Bundestagswahl zu bewähren, um auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Pflege aufmerksam zu machen, für die Interessen der Beteiligten innerhalb der Pflege einzutreten und die zukünftigen Bundestagsabgeordneten für dieses Thema zu sensibilisieren.

Das Resultat war eine hohe Bereitschaft der Bundestagswahlkandidat/innen sich sowohl für einen Praxistag in der Pflege, als auch an einer Podiumsdiskussion zu diesem Themenfeld zu beteiligen.

Das gute Ergebnis lässt sich auf die außergewöhnliche Zusammensetzung des Bündnisses aus Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, sowie Interessenvertretungen der Pflegenden zu diesem positiven Verlauf zurückführen.

Diese neu errungene Schlagkraft soll nicht verloren gehen; deshalb wird das Bündnis für gute Pflege Schleswig-Holstein auch zukünftig als Ansprechpartner für die bundespolitische Ebene innerhalb der Pflege bestehen bleiben.

In 2014 wird eine weitere Veranstaltung vom Bündnis für gute Pflege ausgerichtet, um auch in Zukunft mit den neu gewählten Abgeordneten im Gespräch zu bleiben. Der Chefkorrespondent vom R.SH, Carsten Kock, wird sich ebenfalls weiterhin im Bündnis beteiligen. (Rei)

II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

2.1 AWO: Pflegebedürftigkeit neu denken und umsetzen

[nach oben](#) ↑

Pflegebedürftigkeit neu denken und umsetzen

Berlin, 12. Februar 2014. „Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Zahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege unterstreichen einmal mehr den dringenden Bedarf einer grundlegenden Reform der Pflegeversicherung. Wir müssen die gewährten Leistungen überdenken und ein nachhaltiges Finanzierungskonzept aufstellen“, erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker. Die Zahlen zeigen, dass im Jahr 2012 rund 439 000 Menschen Hilfe zur Pflege erhielten. Das entspricht einem Anstieg der Empfänger im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent und weist auf Lücken im System hin. Die Hilfe zur Pflege unterstützt pflegebedürftige Personen, die den notwendigen Pflegeaufwand nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können.

„Mit weiterem Stückwerk kurzfristiger Leistungsverbesserungen, die nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet sind, ist es aber nicht getan“, macht Döcker deutlich. „Umso bedauerlicher ist es, dass die neue Bundesregierung derzeit Pflege nicht als Querschnittsthema betrachtet, sondern vielmehr in nicht zusammenhängenden Einzelleistungen denkt.“

„Wir müssen realistische und gerechte individuelle Pflegebedarfe ermitteln, die dann mit entsprechende Leistungen hinterlegt werden“, fordert das Vorstandsmitglied. Das Konzept dafür wurde bereits vor über sieben Jahren im Auftrag der damaligen Bundesregierung entwickelt und heißt: neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff. Trotz zwei aussagekräftiger Gutachten von Expertenbeiräten haben sich bisher alle Regierungen um die Umsetzung gedrückt. „Die Große Koalition täte gut daran, eine zukunftsweisende Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf den Weg zu bringen“, schließt Döcker ab.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.Marius Mühlhausen

AWO Bundesverband e. V.
Pressesprecher

T.: + 49 (0)30 26 309 222
F.: + 49 (0)30 26 309 32 222
Mobil: +49 (0)172 - 261 50 14
www.awo.org
marius.muehlhausen@awo.org

2.2 AWO Positionspapier „Anwerbung ausländischer Fachkräfte in der Pflege“

[nach oben](#) ↑

AWO Positionspapier „Anwerbung ausländischer Fachkräfte in der Pflege“

In den letzten Monaten wird die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften als notwendige Strategie gegen den Fachkräftemangel in der Pflege verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Bundesregierung initiiert Programme, mit denen modellhaft die Ausbildung von Personen aus dem europäischen Ausland und aus Drittstaaten gefördert wird. Dabei wird zum Teil vermittelt, man befinde sich im Wettbewerb mit anderen „Aufnahmestaaten“, die erheblich intensiver die Anwerbung betreiben. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) beschließt verstärkt weitere Vermittlungsabsprachen mit Staaten zur Anwerbung von Pflegekräften. Die privaten Arbeitgeber in der Pflege fordern öffentlichkeitswirksam weitere Aktivitäten von Seiten der Bundesregierung sowie den Abbau möglicher Hindernisse.

Aus diesem Grund hat die Arbeiterwohlfahrt ein Positionspapier zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte in der Pflege entwickelt und veröffentlicht, das auf Kriterien, Rahmenbedingungen und Hintergründe vertiefend eingeht und so die Anforderungen an die Politik aber auch an die Träger und Einrichtungen aufzeigt für eine verantwortungsvolle Umsetzung von Anwerbeaktivitäten als einem Beitrag (aus einem Bündel von Maßnahmen) zur Fachkräftesicherung in der Pflege.

Zum Download geht es [hier](#).

2.3 DBfK fordert Absicherung freiberuflicher Pflege

[nach oben](#) ↑

DBfK fordert Absicherung freiberuflicher Pflege

Berlin, 10. Dezember 2013

Pflege freiberuflich als Selbständige/r ausüben zu können, ist politisch gewollt (vgl. § 77 SGB XI). Angesichts der zunehmenden Personalknappheit in vielen Einrichtungen, insbesondere Krankenhäusern, sind Selbständige eine wichtige Möglichkeit, auf kurzfristige Personalengpässe reagieren zu können, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Pflegefachpersonen – insbesondere im Bereich OP, Anästhesie und Intensivpflege –, die ansonsten aus dem Beruf aussteigen würden, haben für sich einen Weg gefunden, ihren Beruf in einer Form auszuüben, die ihren Anforderungen entgegenkommt. Sie leisten damit einen nicht unerheblichen Beitrag zur Sicherung der Versorgung in Krankenhäusern.

Diese Selbständigen nehmen die mit dieser Form der Berufsausübung verbundenen unternehmerischen Risiken in Kauf. Sie haben keine Garantie für ununterbrochene Aufträge oder einen Einnahmefall bei Krankheit. Zu beachten ist dabei – wie bei allen Selbständigen – eine solide Vorbereitung, eine Absicherung für den Krankheitsfall und die Altersversorgung. In diesem Sinne berät der DBfK Interessenten intensiv. Es sollen auf

keinen Fall prekäre Arbeitsverhältnisse entstehen!

Seit über einem Jahr hat die Deutsche Rentenversicherung (DRV) freiberuflich tätige Pflegefachpersonen ins Visier genommen. Mit der pauschalen Behauptung, in Krankenhäusern und Pflegeheimen könne es keine selbständige Berufsausübung in Pflege (und Medizin) geben, wird grundsätzlich Scheinselbständigkeit attestiert. Die gesetzlich geregelte Prüfung des Einzelfalles wird mit Scheinprüfungen (bei denen das Ergebnis von vorneherein feststeht) unterlaufen. Die DRV hat mittlerweile die Auftraggeber so verunsichert, dass sie immer weniger Selbständige beschäftigen. Verschärft wurde in jüngster Zeit das Vorgehen, indem jetzt auch der Zoll bei ambulanten Pflegediensten prüft. Mit einem Vorgehen ähnlich einer Razzia wird billigend in Kauf genommen, dass ein Imageschaden für den betroffenen Betrieb entsteht. Diese Kontrollen machen schon deshalb keinen Sinn, da die Pflegefachpersonen, die für einen Pflegedienst arbeiten, den größten Teil ihrer Arbeitszeit unterwegs bei Patienten sind und nicht im Büro des Pflegedienstes.

Der DBfK wehrt sich gegen die Einschränkung der freien Wahl, wie der Beruf ausgeübt werden kann. Der DBfK-Bundesvorstand fordert von der Bundesregierung, der DRV Einhaltung zu gebieten und eine rechtlich eindeutige Regelung zur Absicherung der selbständig tätigen Pflegefachpersonen zu finden. Falls das nicht rasch geschieht, werden viele eher ganz aus dem Beruf aussteigen statt wieder als Angestellte zu arbeiten.

Ganz allgemein sind gute Arbeitsbedingungen eine unabdingbare Voraussetzung zur Bindung von angestellten und Gewinnung von selbständigen Pflegefachpersonen. In bessere Arbeitsbedingungen muss dringend investiert werden.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.4 DBfK wünscht neuem Bundesgesundheitsminister Mut zu Reformen

[nach oben](#) ↑

DBfK wünscht neuem Bundesgesundheitsminister Mut zu Reformen

Berlin, 16. Dezember 2013

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) betrachtet die Entscheidung, CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe das Bundesgesundheitsministerium zu übertragen, als Chance für das Gesundheitssystem. „Ihn hatten wir tatsächlich nicht auf der Rechnung und sind von dieser Personalie sehr überrascht“, sagte dazu DBfK-Referentin Johanna Knüppel heute in Berlin.

„Die Tatsache, dass Herr Gröhe bislang keine Fachexpertise für das Gesundheitswesen mitbringt, muss aber kein Nachteil sein. Fachkenntnis führt nicht automatisch zu guten Konzepten, nachhaltigen Reformen und Initiativen, wie die beiden Vorgänger in diesem Amt hinreichend unter Beweis gestellt haben. Das Gesundheitssystem hat große Herausforderungen zu bewältigen, viel wertvolle Zeit ist bereits vertan worden. Umso mehr wird jetzt ein Bundesgesundheitsminister gebraucht mit dem Willen und Mut zu überfälligen Reformen, mit Durchsetzungskraft, Unabhängigkeit und der Fähigkeit, politische Prozesse zu lenken. Dazu muss das Gespräch mit allen betroffenen Akteuren geführt und gemeinsam nach guten und tragfähigen Lösungen gesucht werden. Dass dies gelingt, hoffen wir sehr für die Pflegeberufe. Wir gratulieren Hermann Gröhe zur neuen Aufgabe und wünschen ihm viel

Erfolg in seinem Amt. Als Dialogpartner und politischer Berater steht der DBfK mit seiner Expertise gern zur Verfügung.“

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.5 DBfK zur aktuellen Sterbehilfe-Diskussion

[nach oben](#) ↑

DBfK zur aktuellen Sterbehilfe-Diskussion

Berlin, 10. Januar 2014

Angesichts der aktuellen Diskussion um eine gesetzliche Regelung der Sterbehilfe fordert der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) flächendeckenden Ausbau und Intensivierung einer guten Palliativversorgung. „Schwerkranke und sterbende Menschen brauchen eine gute und verlässliche Palliativbetreuung. Dazu gehört auch, dass die Menschen selber entscheiden können, wo sie diese Lebensphase verbringen. Nur so können Menschen in Würde und ohne Angst ihrem Lebensende begegnen“ so Christel Bienstein, Präsidentin des DBfK. Aus Sicht des DBfK ist aktive Sterbehilfe keine Tätigkeit, die mit den grundlegenden Aufgaben der Pflege, wie im ICN-Ethikkodex für Pflegenden niedergelegt, vereinbart werden kann. Der DBfK fordert eine breite Debatte, in der es weniger um Sterbehilfe, sondern vor allem um eine würdevolle Versorgung in der letzten Lebensphase geht. Denn das ist der Wunsch der Menschen, wie zahlreiche Umfragen zeigen. Bisher ist aktive Sterbehilfe verboten, Beihilfe zum Suizid dagegen nicht. Wer einem Todkranken Gift besorgt, macht sich erst dann strafbar, wenn er es ihm aktiv eingibt. Für die Mitglieder des DBfK stellt der ICN-Ethikkodex die Grundlage ihres Handelns dar. Demzufolge gehört ‚Leiden zu lindern‘ zu den grundlegenden Aufgaben aller Pflegenden. Das bedeutet, dass sterbenden und schwerstkranken Menschen palliative Pflege und Betreuung angeboten wird. In der vergangenen Legislaturperiode war die damalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mit dem Versuch gescheitert, die bestehende Rechtslage zur aktiven Sterbehilfe zu ändern. Bereits im September 2012 hat der DBfK-Bundesvorstand in einer Stellungnahme auf die Brisanz des Themas hingewiesen, sie ist unter diesem [Link](#) aufzurufen.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.6 DBfK: Personalbemessung relevant für Patientensicherheit

[nach oben](#) ↑

Personalbemessung relevant für Patientensicherheit


Berlin, 21. Januar 2014

Der heute veröffentlichte Krankenhaus-Report 2014 hat bei der Auswertung von Routine- und Qualitätsdaten vor allem die Patientensicherheit in deutschen Krankenhäusern untersucht. „Es ist richtig, in der Studie beispielsweise auf die Rate nosokomialer Infektionen

und das Vorhandensein von anonymen Fehlermeldesystemen zu schauen“, sagt dazu Andrea Weskamm, Referentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK) heute in Berlin. „Versorgungsqualität, Fehlervermeidung und Nachhaltigkeit haben aber vor allem mit Anzahl und Qualifikation des vor-gehaltenen Personals zu tun. Dieser Frage widmet der Report leider nur ein kurzes Kapitel und verweist, wieder einmal, auf eine unzureichende Datenlage. Das kann nicht länger hingenommen werden. International ist durch große Studien der unmittelbare Zusammenhang zwischen Anzahl und Qualifikation des auf den Krankenhausstationen eingesetzten Pflegefachpersonals mit den Patienten-Outcomes lange erwiesen. Es ist davon auszugehen, dass diese Ergebnisse auch auf Deutschland übertragbar sind; die wenigen vorhandenen Studien deuten darauf hin. Der Hinweis auf fehlende Evidenz ist aus Sicht des DBfK nichts als politische Hinhaltetaktik“, so Weskamm weiter. Der DBfK fordert daher von der Bundesregierung, eine umfassende Krankenhausreform auf den Weg zu bringen und dabei vor allem die Personalsituation in der Pflege spürbar zu verbessern. Parallel müssen die Änderungen wissenschaftlich begleitet und Effekte systematisch evaluiert werden. Dann wird sich zeigen, dass Pflege im Krankenhaus nicht nur ein dringendes Patientenbedürfnis, sondern ein unverzichtbarer Leistungsfaktor ist.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.7 Deutsche Alzheimer Gesellschaft: Broschüre „Mit Demenz im Pflegeheim“ erschienen

[nach oben](#) 

Broschüre „Mit Demenz im Pflegeheim“ der Deutschen Alzheimer Gesellschaft erschienen

Wenn es zu Hause nicht mehr geht: das Pflegeheim als Alternative

Berlin, 13. Januar 2014. Wenn eine Demenzerkrankung voranschreitet und Angehörige mit der Pflege überlastet sind, stellt sich die Frage nach Alternativen zum Leben zu Hause. Den Umzug ins Pflegeheim scheuen allerdings viele. Die neue Broschüre „Mit Demenz im Pflegeheim“ der Deutschen Alzheimer Gesellschaft möchte dazu ermutigen und dabei helfen, ein gutes und individuell passendes Heim zu finden. Sie gibt zahlreiche Informationen und Tipps, wie Angehörige dazu beitragen können, dem Betroffenen ein möglichst gutes Leben im Heim zu ermöglichen.

Die Broschüre gibt einen Überblick über unterschiedliche Wohnformen, auch über die in den letzten Jahren vermehrt gegründeten ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz. Pflegeheime sind allerdings immer noch die weitaus häufigste Form des Wohnens außerhalb privater Haushalte. So gibt es in Deutschland 12.400 Pflegeheime, die 723.000 Bewohner betreuen, von denen zwei Drittel von einer Demenzerkrankung betroffen sind. „Es ist ungerecht, wenn vom ‚Abschieben ins Heim‘ gesprochen wird. Vielfach ist das Leben im Heim für Menschen mit Demenz, wie auch für ihre Angehörigen die beste Lösung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Heime sich noch stärker auf die demenzkranken Bewohner einstellen“ sagte Heike von Lützu-Hohlbein, 1. Vorsitzende der Deutschen Alzheimer Gesellschaft.

Bei einem oft schwer überschaubaren Angebot an Heimen und Pflegezentren gilt es jeweils zu überlegen, welches Haus individuell richtig ist. Die Broschüre gibt Hilfen bei der Suche nach dem passenden Heim, nennt auch entsprechende Internetportale und die zuständigen Beratungsstellen. Sie gibt Hinweise, worauf bei einer Besichtigung geachtet werden sollte, und zeigt welche Möglichkeiten es für Angehörige gibt, auch nach dem Einzug dafür zu sorgen, dass sich der Betroffene im Heim wohlfühlen kann.

Schließlich informiert die Broschüre über die Kosten eines Heimplatzes, die Finanzierung, speziell durch die Pflegeversicherung, und worauf es beim Heimvertrag ankommt.

Die Erarbeitung dieser Broschüre wurde durch einen Beirat aus Angehörigen, Heimleitern,

Beratern unterstützt.

Die Broschüre: Deutsche Alzheimer Gesellschaft (Hrsg.): Mit Demenz im Pflegeheim. Ratgeber für Angehörige von Menschen mit Demenz. Praxisreihe der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, Band 14, 1. Auflage 2014, 96 Seiten, 4 Euro. Bestelladresse siehe unten.

Rezensionsexemplare sowie das Cover der Broschüre als Bilddatei stellen wir auf Wunsch gerne zur Verfügung.

Kontakt

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz
Friedrichstraße 236, 10969 Berlin
Tel. 030 / 259 37 95 – 0, Fax: 030 / 259 37 95-29
E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de, Internet: www.deutsche-alzheimer.de

2.8 "wir pflegen" sucht engagierte Vorstandsmitglieder!

[nach oben](#) ↑

Sie haben Führungsqualitäten, Expertise auf einem Fachgebiet wie Gesundheitswesen, Recht, Betriebswirtschaft, Verwaltung, Fundraising oder Werbung. **Sie** würdigen die Leistungen, die pflegende Angehörige erbringen – kennen sie vielleicht sogar aus eigener Familienerfahrung – und arbeiten gerne ehrenamtlich in einem Team!

Der **gemeinnützige Verein wir pflegen** hat sich seit 2008 zu einer meinungsstarken und von Politik und Gesellschaft akzeptierten Interessenvertretung für pflegende Angehörige entwickelt. Unsere Mitglieder sind gefragte Experten auf Tagungen und Kongressen, für Presse und TV-Sender. Unsere Meinung zählt, wenn es um die Belange, Bedürfnisse und Lebensumstände von pflegenden Angehörigen geht.

Mit dieser Entwicklung sind auch die Herausforderungen für den Verein gewachsen. Pflegende Angehörige sind der größte Pflegedienst der Nation. Wir wollen unsere Kapazitäten erweitern und stärken: Dazu braucht wir pflegen Menschen wie **Sie** im Vorstand.

Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf: vorstand@wir-pflegen.net

Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.

2.9 Heim-Mitwirkung: Pflege-Verfassungsbeschwerde auf den Weg gebracht

[nach oben](#) ↑

Heimbewohner und Angehörige dürfen hoffen:

Pflege-Verfassungsbeschwerde auf den Weg gebracht

15.01.2014 • Der Münchner Rechtsanwalt Alexander Frey hat am 9. Januar 2014 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Grund dafür sind die seit Jahren bekannten "Verletzungen von Schutzpflichten der öffentlichen Gewalt gegenüber den Bewohnern von Pflegeheimen in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund der weitgehenden Untätigkeit".

Frey ist Mitglied der Gruppe "Forum-Pflege-Aktuell", die sich seit vielen Jahren zusammen mit anderen für die Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen in Heimen einsetzen. Den Anstoß zu der jetzt eingereichten Verfassungsbeschwerde gab eine Ende letzten Jahres veröffentlichte Dissertation von Dr. jur. Susanne Moritz mit dem Titel "Staatliche Schutzpflichten gegenüber pflegebedürftigen Menschen", in der sie zu dem Schluss kommt: "Eine Beschwerdebefugnis ist dabei nicht nur für die aktuell betroffenen Heimbewohner anzunehmen, sondern besteht für alle potentiell künftig Betroffenen."

In seiner 21 Seiten starken Begründung der Verfassungsbeschwerde führt der Münchner Anwalt viele Fälle von Menschenrechtsverletzungen auf, die vom "Forum-Pflege-Aktuell" gesammelt bzw. an sie herangetragen wurden. Er weist auch auf die bereits im August 2001 von ihm und seinen Mitstreitern vor der UNO vorgebrachten Pflegemängel in Deutschland hin. Als sie 2011 sich erneut vor der UNO über die Pflegemängel in Deutschland beklagen, zeigt sich der Ausschuss "tief besorgt" und "fordert den Vertragsstaat nachdrücklich auf, unverzüglich Schritte zur Verbesserung der Lage älterer Menschen in Pflegeheimen zu unternehmen". Passiert ist - trotz des von der alten Bundesregierung ausgerufenen "Jahr der Pflege" - nicht besonders viel. Detailliert und Einzelfall belegt führt Frey viele Missstände in Pflegeheimen auf, die seit Jahren also auch der Bundesregierung bekannt sind.

Die Bremer Selbsthilfe-Initiative "Heim-Mitwirkung", die sich ebenfalls seit vielen Jahren für die Verbesserung der Rechte pflegebedürftiger Menschen und ihre Angehörigen einsetzt, begrüßt ausdrücklich den aktuellen Vorstoß aus München. Ihr Sprecher, Reinhard Leopold, ist Mitglied einer Projektgruppe von Transparency Deutschland, die in einer Schwachstellenanalyse "Transparenzmängel, Betrug und Korruption im Bereich der Pflege und Betreuung" im letzten Jahr aufgezeigt hat. Leopold: "Es bleibt keine Zeit mehr zum Überlegen, es braucht keine neuen Studien und Image-Kampagnen, es ist an der Zeit zu handeln!"

2.10 Infos vom BMFSFJ: Förderung von Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz, Bewerbungsschluss ist der 30. April!

[nach oben](#) ↑

Für das Bundesprogramm Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz wird in 2014 eine dritte Förderwelle durchgeführt. Mit dem vom Bundesfamilienministerium geförderten Programm soll der Alltag von Demenzerkrankten und ihren Angehörigen dauerhaft verbessert werden.

Ideen zum Aufbau oder zur Weiterentwicklung einer lokalen Allianz können bis zum 30. April 2014 eingereicht werden.

Unter dem Motto: **„Gemeinsam Verantwortung übernehmen“** sollen möglichst viele Kooperationspartner in die Arbeit vor Ort eingebunden werden.

Flankierend zur Allianz für Menschen mit Demenz - www.Allianz-fuer-Demenz.de - fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend deshalb bundesweit den Aufbau von Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz mit 10.000 Euro für jeden Standort für einen Zeitraum von zwei Jahren.

Ziel des Bundesprogramms ist der Aufbau kommunaler Netzwerke, die den Austausch zwischen den einzelnen regionalen Akteuren nachhaltig fördern sollen. In diesem Sinne soll durch konkrete Maßnahmen zur gesellschaftlichen Aufklärung und Sensibilisierung beigetragen und die Inklusion der Betroffenen vorangetrieben werden.

Bis Ende 2016 soll sich die Zahl von bislang 143 unterstützten lokalen Allianzen wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser, Vereine, Organisationen, Kirchengemeinden, Ärzte, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, kulturelle Einrichtungen und Kommunen auf insgesamt bis zu 500 Standorte erhöhen.

Bewerbungen der jetzt beginnenden dritten Förderwelle können bis zum 30. April 2014 für den Aufbau oder die Weiterentwicklung einer lokalen Allianz beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFZA) erfolgen.

Nach Auswahl und Beteiligung der Bundesländer beginnt die Förderung ab dem 1. September 2014. Die Grundlagen für die Bewertung eingereicherter Konzepte sowie alle weiteren Unterlagen und sonstigen Details zur Bewerbung finden Sie auf der Internetseite <http://www.lokale-allianzen.de/>.

Für Fragen steht Ihnen bereits jetzt das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche

Angelegenheiten (BAFZA) unter der Telefonnummer 0221 3673-0,
E-Mail: kontakt-la@bafza.bund.de zur Verfügung.

III. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

3.1 Veranstaltung des VdK am 25. März: Pflegereform jetzt!

[nach oben](#) ↑

Pflegereform jetzt!

Die Pflege kann nicht länger warten – eine große Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung ist längst überfällig. Immer noch bekommen Menschen mit Demenz viel zu geringe Leistungen aus der Pflegeversicherung. Die meisten von ihnen werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Doch ohne eine bessere Unterstützung der häuslichen Pflege wird das jetzige System nicht mehr lange funktionieren. Es ist höchste Zeit zu handeln! Wir brauchen eine große Pflegereform – so schnell wie möglich.

Der Sozialverband VdK Deutschland und die Deutsche Alzheimer Gesellschaft werden bei ihrer gemeinsamen Veranstaltung ein eigenes Reformkonzept vorstellen. Wir zeigen Ihnen: Eine zukunftsfähige Reform ist machbar und finanzierbar.

25. März 11-15 Uhr Saarländische Landesvertretung, Berlin

Wir freuen uns über Ihr Interesse und die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen!

Ulrike Mascher
Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland

Heike von Lützu-Hohlbein
Vorsitzende der Deutsche Alzheimer Gesellschaft

3.2 DEVAP-Fachtag am 8. April 2014: Die Alten behalten! Wie Arbeitgeber Potenziale des Alters nutzen, Ehemaligen-Netzwerke fördern und Übergänge mitgestalten

[nach oben](#) ↑

DEVAP-Fachtag: Die Alten behalten! Wie Arbeitgeber Potenziale des Alters nutzen, Ehemaligen-Netzwerke fördern und Übergänge mitgestalten.

8. April 2014 , Fulda

Auf der Suche nach Demografiestrategien sind Unternehmen mehr denn je auf die Älteren angewiesen. Für die Personalpolitik der Zukunft spielen auch Ehemaligen-Netzwerke und deren Pflege eine wichtige Rolle: Die Seniorexperten können das betriebliche Wissensmanagement unterstützen und sind gleichzeitig ein Faktor für das Image ihres ehemaligen Arbeitgebers.

Diese Themen greift der Fachtag praxisorientiert auf. Modelle werden vorgestellt und Fachleute präsentieren Good-Practices, Ideen und deren Umsetzung. Als Referentin konnte Professor Beate Hofmann gewonnen werden, Autorin der bekannten Publikation „Diakonische Unternehmenskultur“. U .a. berichtet der Seniorenbeauftragte der Evangelischen Heimstiftung Stuttgart vom Aufbau eines Ehemaligen-Netzwerks.

Zielgruppe: Personalfachleute, Seniorenbeauftragte, Führungskräfte,

Projektverantwortliche, extern Beratende sowie Interessierte aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft

weitere Infos, Programm und Anmeldeformular: www.devap.info.

3.3 Diakonie und ver.di: „Die Rückkehr des Sozialen in die Politik?“ Auftaktveranstaltung am 11. April 2014, 10:00-16:00 Uhr, Friedrichstadtkirche Berlin

[nach oben](#) ↑

„Die Rückkehr des Sozialen in die Politik?“ Auftaktveranstaltung am 11. April 2014, 10:00-16:00 Uhr, Friedrichstadtkirche Berlin

Mindestlohn, Mütterrente, Altersarmut, Jugendarbeitslosigkeit, Inklusion, Gesundheit und Pflege im demografischen Wandel – diese und andere sozialpolitische Themen fanden sich in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl wieder und haben Eingang in den Vertrag der Großen Koalition gefunden.

Nach Jahren eines Spar- und Verzichtdiskurses scheint sich ein Wandel anzubahnen. Kehrt das Soziale in die Politik zurück? Was konkret haben sich die Regierungsparteien vorgenommen? Wie wollen sie es umsetzen und vor allem: Werden die Vorhaben ausreichen, um tatsächlich die sozialen Herausforderungen unserer Gesellschaft zu lösen oder werden nur Scheinlösungen präsentiert?

Über diese und andere Fragen wollen Diakonie und ver.di gemeinsam mit Gästen aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien diskutieren. Wir wollen auf die Herausforderungen und Problemlagen unserer Gesellschaft blicken, Vorhaben und Konzepte der Politik mit unseren Konzepten und Erfahrungen vergleichen und aus sozialetischer Sicht bewerten.

Nach einer Auftaktveranstaltung am 11. April 2014, 10 – 16 Uhr in der Französischen Friedrichstadtkirche Berlin sollen thematische Folgeveranstaltungen über Gesundheits-, Pflege-, Inklusions-, Jugend-, sowie Armutspolitik stattfinden.

Vorläufiges Programm

10:00 Uhr Ankunft/ Kaffee

10.30 Uhr - 10.50 Uhr

Begrüßung (Sylvia Bühler, ver.di/ Maria Loheide, Diakonie Deutschland)
Diakonie und Gewerkschaft im Dialog: Klärung der Erwartungen.

10.50 Uhr – 12.15 Uhr

Grundsatzbeitrag Prof. Dr. Gerhard Bäcker (Universität Duisburg-Essen)

Reaktionen

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di) und Prof. Dr. Uwe Becker (Diakonie)
Diskussion der Referierenden / Fragen und Beiträge des Publikums

12:15 Uhr - 13.00 Uhr Mittagspause

13.00 Uhr - 14.30 Uhr

Foren zur Vertiefung der Aussagen in den Handlungs- und Politikfeldern:
Input jeweils durch Vertretung Ver.di/ Diakonie/Kirche

- x Gesundheit
- x Jugend
- x Behinderung
- x Pflege
- x Armut

14.30 Uhr - 14.45 Uhr Kaffeepause

14.45 Uhr - 15.30 Uhr

Abschlusspodium: Zusammenfassung, Bewertung, Ausblick

Ansprechpartnerin: Diakonie Deutschland, Florentine Beck, 030 65211 1594,
florentine.beck@diakonie.de

3.4 Georg-von-Vollmar Akademie: Pflegepolitik und alternde Gesellschaft, Seminar vom 5.-9- Mai 2014

[nach oben](#) ↑

Pflegepolitik und alternde Gesellschaft

vom 05. bis 09.Mai 2014

Teilnahmegebühr: 180,- €

Lernziel: Überblick über die derzeit relevanten pflegepolitischen und pflegepraktischen Problemstellungen in der alternden Gesellschaft mit Schwerpunkt „Demenz“; Einblicke in Probleme und Defizite der Versorgung von Pflegebedürftigen im aktuellen Pflegeversicherungssystem sowie die individuellen, zivilgesellschaftlichen, politischen und fachpraktischen Diskrepanzen im Umgang mit vorhandenen Versorgungslücken; konkrete Einblicke in die Erfahrungen von Angehörigen, Fachpersonal und Netzwerker/innen; Einblicke in aktuelle, z.T. wenig bekannte Forschungen und wissenschaftsjournalistische Beiträge zur Entstehung von Demenz.

Zielgruppe: Das Seminar steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen, die sich mit dem Thema Pflege und Pflegepolitik politisch, institutionell, praktisch und/oder visionär auseinandersetzen, Neues erfahren und sich einbringen wollen.

Explizit angesprochen sind u.a. (ehemalige) Berufstätige der Gesundheitswirtschaft, insbesondere Entscheider in der Pflege, Qualitätsmanager/innen, Vertreter/innen der Heimaufsicht und der Krankenkassen, Ärztinnen und Ärzte; Mitglieder von Wohlfahrtsverbänden, Mitarbeiter/innen aus Kommunalverwaltungen, Pflegeberater/innen, pflegende Angehörige, Ehrenamtliche im Bereich Betreuung und Pflege, Teilnehmer/innen des Bundesfreiwilligendienstes, politisch Engagierte.

Das Programm finden Sie [hier](#).

3.5 Internationale Fachtagung Basale Stimulation® in Ludwigsburg „Die Welt entdecken und sich entwickeln“ 09. /10. Mai 2014

[nach oben](#) ↑

Internationale Fachtagung Basale Stimulation® in Ludwigsburg

„Die Welt entdecken und sich entwickeln“ 09. /10. Mai 2014

für Praxisbegleiter/innen, Kursleiter/innen, Multiplikatoren und interessierte Menschen am Konzept Basale Stimulation®

Liebe Tagungs-Teilnehmerinnen und Tagungs-Teilnehmer, liebe Gäste und Mitglieder des Internationalen Fördervereins Basale Stimulation®,

wir laden Sie herzlich am 09./10. Mai 2014 zur Internationalen Fachtagung und zur Mitgliederversammlung des Internationalen Förderverein Basale Stimulation e.V. ein!

Thema der Fachtagung: „Die Welt entdecken und sich entwickeln“

Mit dieser Perspektive in „die Welt“ wollen wir mit Ihnen zusammen Inhalte des Konzepts Basale Stimulation® nach Andreas Fröhlich vertiefen, diskutieren und Möglichkeiten zur Umsetzung aufzeigen. Neueste Erkenntnisse und Erfahrungen aus Theorie und Praxis werden Ihnen von namhaften Fachpersonen des Konzepts Basale Stimulation® und angrenzenden Disziplinen präsentiert, erörtert und mit auf den Weg gegeben.

Die Abendveranstaltung am Freitag ist öffentlich! Für diese konnten wir „Die Brenz Band“ für Sie gewinnen. Die Band wurde 1977 in Ludwigsburg, in einer Schule für geistig behinderte Menschen, gegründet. Heute genießt die „Brenz Band“ Weltruf! Welch ein Weg! Die Band wird Sie „in Grund und Boden spielen“. Lassen Sie sich überraschen!

Das Programm finden Sie [hier](#).

3.6 Diakonie und DEVAP rufen zum bundesweiten Aktionstag Altenpflege am 12. Mai 2014 auf

[nach oben](#) ↑

12. Mai: Bundesweiter Diakonie-Aktionstag Altenpflege

Die Diakonie und der DEVAP rufen für den 12. Mai 2014 zum bundesweiten Aktionstag Altenpflege auf. Damit soll am „Internationalen Tag der Pflegenden“ auf die kritische Situation in der Altenpflege aufmerksam gemacht werden. Gefordert wird von der Politik ein Rettungspaket für die Altenpflege – damit würdevolle Pflege, gerechte Finanzierung, familiäre Entlastung und attraktive Ausbildung weiterhin möglich sind.

Weitere Infos auf: www.diakonie.de/aktionstag-altenpflege.html

3.7 Pro Pflege: Einladung zum 20. Pflorgetreff am 13.5.2014 in Neuss-Erfttal

[nach oben](#) ↑

Ankündigung / Einladung

zum (20.) Pflorgetreff, am 13.05.2014,
17.00 - 19.00 Uhr, im Jugendzentrum "Kontakt Erfttal" (großer Saal), Bedburger Straße 57, 41469 Neuss-Erfttal.

Der Pflorgetreff wird sich mit grundsätzlichen Fragen der aktuellen Pflegepolitik befassen und dabei den Pflegenotstand ansprechen, den es aufzulösen gilt!

Ein Grußwort wird vorab sprechen:
-- Hans-Jürgen Petrauschke, Landrat des Rhein-Kreises Neuss.
Web: <http://www.petrauschke.com/zur-person/>

Der Bundesgesundheitsminister
wird ein Statement abgeben!

-- Hermann Gröhe, Bundesgesundheitsminister, wird zugegen sein und zum Auftakt der Veranstaltung in einem Statement einige pflegepolitische Grundsatzfragen beleuchten.
Web: <http://www.bmg.bund.de/> und <http://www.hermann-groehe.de/>

Im Anschluss an das Statement des Bundesgesundheitsministers werden sich die Gäste auf dem Podium mit dem Thema „Pflegenotstand“ befassen und die Handlungsnotwendigkeiten aufzeigen!

Es wird vorrangig darum gehen darzustellen, dass die Pflege-Rahmbedingungen in unzureichender Weise die personelle Ausstattung der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit Pflege(fach)personal regeln und politisches Handeln insoweit dringend geboten ist.

Pflegenotstand der BRD in Zahlen ... Auf 100 zu pflegende Personen .. über 80 Jahre kommen nach OECD-Berechnungen in der Langzeitpflege in Schweden 33,2 Vollzeitstellen, in Norwegen 22, in den Niederlanden 19, in der Schweiz 16,5 und in Deutschland lediglich 11,2.

Damit ist eindrucksvoll bestätigt, warum wir in Deutschland von einem Pflegenotstand sprechen müssen. Wir haben einen Mangel dergestalt, dass für die Krankenhäuser und stationären Pflegeeinrichtungen keine auskömmlichen Stellenschlüssel vorgesehen sind. Folglich fehlt für die gehörige Zuwendung Personal.

Würde man die dadurch eintretende Arbeitsverdichtungen u.a. durch bessere Stellenschlüssel auflösen und ergänzend angemessene Vergütungen vereinbaren, könnten wir uns auch mit Blick auf die Zukunft Diskussionen um einen Fachkräftemangel in der Pflege sparen (zumindest vorerst).

Der vielfach vorgetragenen Bekundung "Anerkennung und Wertschätzung für die Pflegeberufe" müssen endlich pflegepolitische Maßnahmen folgen, die den wirklichen Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden. Denn:

Auf dem Podium:

-- Prof. Christel Bienstein,
Präsidentin des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK), Berlin
(<http://www.dbfk.de/verband/bundesverband...rstand.php>), ausgebildete Krankenschwester und seit 1994 Leiterin des Instituts für Pflegewissenschaft der Privaten Universität Witten/Herdecke (<http://www.uni-wh.de/>).

-- Prof. Dr. rer. medic. Michael Isfort,
Diplom-Pflegewissenschaftlicher (FH) und Krankenpfleger. Prof. Isfort ist Abteilungsleiter III (Pflegearbeit und -beruf) und Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (dip), Köln (<http://www.dip.de/>).

-- Ministerialrat Helmut Watzlawik,
Leiter des Referates "Recht der Pflege- und Gesundheitsfachberufe, Finanzierung der Altenpflegeausbildung, Altenpflegeumlage" im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen. Helmut Watzlawik wird die Ministerin, Frau Barbara Steffens, vertreten (<http://www.mgepa.nrw.de/>).

-- NN,
Die unzureichenden Stellenschlüssel in stationären Pflegeeinrichtungen werden verdeutlicht. Hinweise folgen noch.

Moderation:

-- Regina Schmidt-Zadel,
stellvertretende Vorsitzende der Landes-Alzheimergesellschaft NRW und Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB) a.D.

Schirmherr des Pflorgetreffs:

-- Heinz Sahnen,
Stadtverordneter im Rat der Stadt Neuss und Mitglied des Landtages (MdB) von NRW von 2000 - 2010.

Organisation und Leitung:

-- Werner Schell,
Dozent für Pflegerecht und Vorstand von Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk.

Ein geladen sind Patienten, pflegebedürftige Menschen und Angehörige, Ärzte bzw. sonstige Leistungsanbieter im Gesundheitswesen sowie alle interessierten BürgerInnen! - Der Eintritt ist frei!

Treff-Adresse:

Kontakt Erfttal, Bedburger Straße 57, 41469 Neuss- Erfttal

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (annika.lange@diakonie.de) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.
Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Annika Lange (annika.lange@diakonie.de).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten. Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzender
Präsident OKR Johannes Stockmeier

stellvertretende Vorsitzende
Präsidentin Cornelia Füllkrug-Weitzel

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Tilman Henke
Prof. Dr. Claudia Warning